

## ÖDP-Stadtratsfraktion

Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Dupper

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag der ÖDP-Stadtratsfraktion den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen:

- 1 ) Die Verwendungsmöglichkeit der seit April 2013 bestehenden Passauer Sozialcard wird verbessert. Die ab Januar 2015 von den Stadtwerken ausgegebene Seniorenkarte wird Beziehern von Grundsicherung im Alter zum reduzierten Preis angeboten. Zum Nachweis der Antragsberechtigung dient die Passauer Sozialcard.
- 2 ) Die Verwaltung wird beauftragt, die geschätzten Kosten zu ermitteln, eine mögliche Teilung der Kosten zwischen Stadt und Stadtwerken zu prüfen und erforderliche Mittel im Haushalt 2015 des Sozialamtes einzuplanen.
- 3 ) Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst bis zum Sommer 2015 weitere Einsatzmöglichkeiten für die Sozialcard zu prüfen.

### Begründung:

Die Sozialcard wurde Ende der letzten Amtsperiode eingeführt. Sie kann beim Angebot der „Passauer Tafel“ als Bestätigung der Bezugsberechtigung vorgelegt werden. Vergünstigungen für die Inhaber der Sozialcard werden außerdem bei den Veranstaltungen des Stadttheaters Passau angeboten. Weitere Einsatzmöglichkeiten sollten zeitnah eingeführt werden.

In den letzten Jahren wurde mehrfach günstigere ÖPNV-Tarife für Seniorinnen und Senioren diskutiert. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke hat daraufhin eine einkommensunabhängige Seniorenbuskarte beschlossen. Diese sieht geringe Vergünstigungen vor: Der vergünstigte Abo-Monatsbuskartenpreis beträgt 10 Monatsraten zu je 33 Euro und für die beiden letzten Monate jeweils 10 Euro. Dieses Angebot ist zwar eine Vergünstigung für alle Senioren, für Menschen mit tatsächlich geringem Einkommen ist die Entlastung jedoch viel zu gering.

Derzeit gibt es in Passau rund 750 Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit. Wir schlagen vor, dass diesem Personenkreis gegen Vorlage der Sozialcard eine ermäßigte Seniorenbuskarte angeboten wird. Unser Vorschlag für den Jahresabo-Monatsbuskartenpreis wäre 10 x 20 Euro und für die beiden letzten Monate jeweils 10 Euro. Dieser oder auch ein alternativer Vorschlag sollten von der Verwaltung geprüft werden. Ziel ist allen Menschen mit Grundsicherung im Alter eine verbesserte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und finanzielle Problemlagen für alte Menschen zu entschärfen.

Die Kosten lassen sich vermutlich nicht genau beziffern, da zum einen wohl nicht alle Bezieher von Grundsicherung die Sozialcard beantragen werden. Andererseits ist anzunehmen, dass durch die Ermäßigung zusätzliche Jahres-Buskartenabos auch von Personen abgeschlossen werden, die bisher finanziell nicht dazu in der Lage waren. Der einzustellende Haushaltsansatz müsste nach einem Jahr überprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Franz Prügl  
Urban Mangold  
(für die ÖDP-Stadtratsfraktion)